



Frau Staatsministerin Dr. Stange
Sächsisches Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst
Postfach 10 09 20
01079 Dresden

2. Februar 2016

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Dr. Stange,

Anlaß unseres Schreibens ist die Torgauer Ausstellung „Spuren des Unrechts“. Seit mehr als einem Dutzend Jahren tritt unsere Bundesvereinigung, wie Sie wissen, für ihre Umarbeitung gegen den zähen Widerstand der Stiftung Sächsische Gedenkstätten ein. Einen ersten Ansatz für die Überarbeitung haben Sie in Ihrer ersten Amtsperiode angestoßen. Doch die beiden konsensual erarbeiteten Lösungsvorschläge - eine „große“ und eine „kleine“ Lösung - wurden angeblich aus Geldmangel nicht realisiert. Selbst die als „Vertröstung“ gedachte „Zwischenlösung“ kam nicht zustande. Letztlich setzte die sächsische Landesregierung nicht zuletzt mit dem ad hoc beschlossenen Projekt „Abschiebegefängnis Kaßberg“ - hierfür war ausreichend Geld vorhanden, das bis heute jedoch wegen Realisierungsschwierigkeiten nicht abgerufen wurde - andere Prioritäten.

Der über viele Jahre andauernde Stillstand deutet darauf hin, dass die sächsische Politik mit ihrer alten erinnerungspolitischen Maxime nicht wirklich gebrochen hat. Denn bereits 2007 hatten die NS-Opferverbände, die ihre Mitarbeit in der Stiftung eingestellt hatten, in ihrer „Leipziger Erklärung“ betont, Voraussetzung für ihre Mitwirkung sei, „keine Gleichsetzung der nationalsozialistischen Massenverbrechen mit dem nach 1945 verübten Unrecht und damit deren Relativierung zuzulassen“. Als Beispiel für die kritisierte sächsische Praxis führten sie an: „So haben die Opfer der NS-Militärjustiz trotz allen Engagements nicht erreichen können, dass die Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Torgau als zentralem Ort ihrer Verfolgung die bundespolitische Beschlusslage umsetzt und den erinnerungspolitischen Schwerpunkt auf ihre Opfergruppe legt.“ Die Bereitschaft, mit der Stiftung wieder zusammenzuarbeiten, resultierte vor diesem Hintergrund aus einer „Goodwill-Haltung“, der die Stiftung ihrerseits nicht bzw. nur partiell entsprochen hat. Dies ist umso unverständlicher, weil die politisch-gesellschaftliche Lage in Sachsen zum Beispiel mit Vorkommnissen wie den Pegida-Kundgebungen ungewöhnlich klar die Dringlichkeit deutlich macht, alle Möglichkeiten des Lernens aus den Verbrechen des Nationalsozialismus zu fördern und für den gesellschaftlichen Diskussionsprozeß zu nutzen.

Eine solche Erinnerungspolitik hat auch menschliche Konsequenzen. Denn unsere in der NS-Zeit verfolgten Mitglieder sind inzwischen größtenteils verstorben. Sie haben nicht erleben können, dass ihrem persönlichen Leid in Torgau als Zentrale der NS-Militärjustiz mit angemessener Aufmerksamkeit und Achtung begegnet wurde. Die bis heute nicht erfolgte Überarbeitung der Ausstellung wie auch die Weigerung der Stiftung, auf den Tafeln am Erinnerungsort „Fort Zinna“ die Täter klar zu benennen, steht deshalb in der Linie der über Jahrzehnte dauernden Diskriminierung der NS-Militärjustizopfer nach 1945.

Nachdem uns im letzten Jahr Herr Reiprich als Geschäftsführer der Stiftung mitgeteilt hatte, dass auf absehbare Zeit keine Gelder für die konzipierte Überarbeitung der Ausstellung zur Verfügung stehen werden, fand im Frühjahr 2015 ein Workshop statt, auf dem das weitere Vorgehen beraten wurde. Die Bundesvereinigung war auch diesmal bereit, das dort beschlossene Eckpunkte-Papier angesichts der uns geschilderten finanziellen Lage mitzutragen. Zu den gefassten Beschlüssen gehörte auch, im Herbst letzten Jahres einen weiteren Workshop zwecks Diskussion eines Konzepts zur Überarbeitung der Ausstellung durchzuführen. Dieser fand nicht statt. Auf die Tagesordnung der ebenfalls im Herbst

- 2 -

Vorsitzender:
Ludwig Baumann

Schriftführer: Günter Knebel
Mail: Knebel-Bremen@t-online.de

Wissenschaftlicher Beirat
Ehrevorsitz: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Freiburg /
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg /
Dr. Peter Fischer, Berlin / Dr. Detlef Garbe, Hamburg /
Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach, Baden-Baden /
Dr. Rolf Surmann, Hamburg.

stattfindenden Beiratssitzung wurde erst durch unsere Intervention der Punkt „Ausstellungsüberarbeitung“ gesetzt. In diesem Zusammenhang teilte Herr Reiprich mit, dass der Workshop in diesem April stattfinden werde. Bedauerlicherweise haben wir seitdem nichts mehr über das Vorhaben gehört. So sind wir jetzt mit der Lage konfrontiert, dass wir knapp ein Jahr nach der erneuten Beschlußfassung keinerlei Fortschritt hinsichtlich der Ausstellungsüberarbeitung konstatieren können. Wir halten diese Lage grundsätzlich, aber auch gerade angesichts der Vorgeschichte für nicht hinnehmbar. Hinzu kommt, dass seitens der Stiftung offensichtlich keine Bereitschaft vorhanden ist, mit uns als Opferverband über die üblichen Beiratstermine hinaus zu kommunizieren. Dies ist umso unverständlicher, weil in unserem Wissenschaftlichen Beirat zum Beispiel der ehemalige Leiter des militärgeschichtlichen Forschungsamts der Bundeswehr und Nestor der modernen NS-Militärjustizforschung Herr Professor Messerschmidt und Herr Professor Wette, der nicht zuletzt auch durch seine Forschungsergebnisse für die Zeit nach 1945 ausgewiesen ist, tätig sind.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Stange, um ein neues Fiasko zu verhindern, möchten wir Sie in dieser Situation bitten, alles Notwendige in die Wege zu leiten, damit die Überarbeitung der Torgauer Ausstellung „Spuren des Unrechts“ gesichert ist und in sachgerechter Weise erfolgen kann. Hierzu gehört nach unserem Verständnis auch die Information des Bundesverbands über die Entwicklung des Projekts und die adäquate Berücksichtigung seiner fachlichen Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüßen

Ludwig Baumann
Vorsitzender

gez. Dr. Rolf Sürmann
Wissenschaftlicher Beirat

Ludwig Baumann